

# Avanti O.

RSB Oberhausen

## Lautstark gegen „Turbo-Putzen“



Demonstration der IG BAU bei der vierten Tarifrunde der Gebäudereinigung, Essen, 13. Oktober 2015

Foto: AvantiO.

L.M.

**D**ie diesjährigen Tarifverhandlungen im Gebäudereinigerhandwerk gingen am 29. Oktober in die fünfte Runde.

Wie schon bei der vierten Verhandlungsrunde in Essen gut zwei Wochen davor wurde die Zusammenkunft der Tarifparteien von einer lautstarken Demonstration von Reinigungskräften begleitet. Jeweils

mehrere Hundert Beschäftigte verliehen so den Forderungen ihrer Gewerkschaft IG BAU Nachdruck und signalisierten auch Streikbereitschaft, falls die „Arbeitgeber“ sich nicht bewegen sollten.

Die IG BAU fordert ein deutliches Plus bei den Löhnen, insbesondere für die unterste Lohngruppe: Mit einer Erhöhung des Stundenlohns für InnenreinigerInnen von derzeit 9,55 Euro um 80 Cent soll endlich ▶

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe der Oberhausener Beilage zur *Avanti* beschäftigen wir uns mit den Tarifverhandlungen im Gebäudereinigerhandwerk. Neben dem Titelthema passt dazu auch der Bericht zur Ausstellung „Wer putzt den Pott“ im Bero-Zentrum in Oberhausen auf Seite 3.

Auf Seite 2 findet Ihr die Entschließung der zweiten Konferenz gegen BR-Mobbing in Mannheim, die auch für unsere örtliche Arbeit von Bedeutung ist.

Es gibt einen Bericht über die interessante Diskussion mit Manos Skoufoglou bei der Veranstaltung im K14 am 23.09.15 im K14.

Weiterhin veröffentlichen wir den Leserinnenbrief von Andrea-Cora Walther zu dem rassistischen Übergriff auf Ihre Kinder und berichten über eine erfolgreiche Gegendemonstration beim Auftritt von Pro NRW in Oberhausen Osterfeld.

Besonders hinweisen möchten wir auf die Friedensdemonstration am 21.11.2015 in Essen.

Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre!

Eure Redaktion

Inhalt	
TITEL	INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
<b>01 Tarifverhandlungen</b> Reinigungskräfte gegen „Turbo-Putzen“	<b>04 Griechenland</b> Diskussion über Alternativen
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	ANTIRASSISMUS
<b>02 Betriebsräte im Visier</b> Entschließung gegen BR-Mobbing	<b>05 Leserbrief</b> Rassistischer Übergriff
<b>03 Unsichtbare Arbeit sichtbar machen</b> Ausstellung „Werputzt den Pott“	<b>05 Gegendemonstration</b> Erfolgreich gegen Pro NRW
	ANTIMILITARISMUS / TERMINE
	<b>06 Friedensdemonstration</b> Auf nach Essen am 21.11.2015!
	<b>06 Termine</b>

Fortsetzung von Seite 1:

die 10-Euro-Marke überschritten werden.

Wie in den vergangenen Jahren ist auch die Angleichung der Löhne in Ost und West eine zentrale Forderung der IG BAU. Derzeit erhalten die Beschäftigten in Ostdeutschland nur 86 bzw. 89 Prozent der West-Löhne.

Nicht zuletzt ist den Beschäftigten in der Gebäudereinigung die Durchsetzung eines Tarifvertrags gegen Leistungsverdichtung ein dringendes Anliegen. Dass sie nicht mehr bereit sind, den zunehmenden Leistungsdruck weiter hin zu nehmen, machten sie bei den Demonstrationen in Essen und Frankfurt auf vielfältige Weise deutlich.

Lohnerhöhungen für Reinigungskräfte werden von Unternehmersei-

te seit Langem unterlaufen, indem die Quadratmeterzahl bei gleich bleibender Arbeitszeit immer weiter erhöht wird – oder die Arbeitszeit bei gleich bleibender Quadratmeterzahl verringert. Die Folge ist ein enorm gestiegener Leistungsdruck – „Turbo-Putzen“. Doch auch im Rennschritt ist die geforderte Arbeitsleistung oft nicht mehr zu schaffen.

Die KollegInnen – in der großen Mehrheit sind es Frauen – verdienen solidarische Unterstützung beim Kampf für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen!

In diesem Sinne engagierten sich zum Beispiel einige Mitglieder anderer Gewerkschaften wie ver.di und IG Metall. Auch ihre Fahnen waren in Frankfurt zu sehen. ■



Demonstration der IG BAU bei der fünften Tarifrunde der Gebäudereinigung, Frankfurt / Main, 29. Oktober 2015

Foto: AvantiO.

## „Betriebsräte im Visier“ – Bossing, Mobbing und Co.

Am Ende der zweiten bundesweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 17. Oktober 2015 verabschiedeten die ca. 100 TeilnehmerInnen in Mannheim eine EntschlieÙung, die wir unten dokumentieren. Der RSB Oberhausen unterstützt diese EntschlieÙung, nicht zuletzt durch aktives Engagement gegen Gewerkschaftsbekämpfung und Betriebsräte-Mobbing.

### EntschlieÙung der 2. Konferenz „Betriebsräte im Visier“: Gewerkschaftsbekämpfung und Mobbing gegen Betriebsräte – keine Einzelfälle, sondern ein flächendeckender Skandal!

Seit einiger Zeit sind wachsende Angriffe auf engagierte Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder zu verzeichnen. Ziel ist zuerst die Lähmung und dann die Ausschaltung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

In der Regel werden nur Einzelfälle in den Medien bekannt. Die große Dimension dieses weitgehend ignorierten Skandals, das System der aggressiven Einschüchterung, des offenen Rechtsbruchs und der brutalen Existenzvernichtung, das hinter diesen „Einzelfällen“ steckt, wird nur selten beleuchtet.

Zum einen handelt es sich bei diesen Attacken um das juristische Vorgehen gegen gewerkschaftlich und betrieblich Aktive bis hin zur Verdachtskündigung, die in offenem

Widerspruch zur sonst geltenden Unschuldsumsetzung steht.

Zum anderen geht es hierbei um die massive psychische Beschädigung der Betroffenen – bis hin zur Vernichtung ihrer Existenz.

Geschäftsleitungen bedienen sich bei diesem Treiben nicht selten ihnen nahe stehender „Betriebsrats-Mitglieder“. Vor allem aber nehmen sie die hochbezahlten Dienste spezialisierter „Rechtsanwalts-Kanzleien“ (z. B. Naujoks oder Schreiner & Partner) sowie von „Beratern“ in Anspruch, deren Geschäft die Bekämpfung aktiver KollegInnen ist.

Von diesen Vorgehensweisen sind jedes Jahr nach konservativen Schätzungen wenigstens hunderte von gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitgliedern direkt be-

troffen. Belegschaften werden durch die Kaltstellung ihrer demokratisch gewählten Interessenvertretungen eingeschüchtert und schutzlos gemacht. Nicht zuletzt sind auch die Familien der betroffenen Betriebsräte einem enormen Druck ausgesetzt, an dem sie oft zerbrechen.

Es ist bezeichnend, dass derartige Machenschaften offenbar in einem straffreien Raum stattfinden können. Arbeitsgerichte und Staatsanwaltschaften weigern sich im Allgemeinen, solche schweren Verstöße gegen das Grundgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz wahrzunehmen oder gar ihnen Einhalt zu gebieten.

Auch seitens des Gesetzgebers ist kein Eingreifen gegen diese immer weiter verbreitete Be- und Verhin-

derung von Betriebs- oder Personalratstätigkeit zu erkennen.

**Es fehlt ein konsequenter bundesweiter Widerstand gegen derartige Formen des Klassenkampfes von oben. Das ist nicht zuletzt Aufgabe der Einzelgewerkschaften und ihres Dachverbands DGB, deren betriebliche Basis zunehmend bedroht wird.**

**Wir rufen deshalb im Sinne des Mannheimer Appells vom 11. Oktober 2014 dazu auf, die Grund- und Menschenrechte von Gewerkschaftsmitgliedern und Betriebsräten entschlossen zu verteidigen!**

Die TeilnehmerInnen der 2. Konferenz „Betriebsräte im Visier“.

Mannheim, den 17. Oktober 2015

# „Wer putzt den Pott?“

## Unsichtbare Arbeit sichtbar machen

Die von der engagierten Gewerkschafterin Irene Hüfner ins Leben gerufene Wanderausstellung feierte im Bero Zentrum in Oberhausen ihr 5jähriges Bestehen.

PETRA STANIUS

Zu diesem Anlass war „Wer putzt den Pott?“ nach der Premiere im Herbst 2010 vom 8. bis zum 10. Oktober 2015 erneut im Bero Zentrum zu sehen. Begleitet wurde die Ausstel-

lung von mehreren öffentlichen Gesprächsrunden, in denen die Arbeit von GebäudereinigerInnen aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet wurde.

Den organisatorischen Rahmen hierfür boten die zu dieser Zeit in

dem Einkaufszentrum stattfindenden Aktionstage „Das Alter ist bunt“. Verschiedene Oberhausener Initiativen stellten hier ihre Arbeit vor.

Unterstützt wurde „Wer putzt den Pott“ von Arbeit und Leben sowie von den Gewerkschaften IG BAU,

ver.di und NGG.

An allen drei Tagen waren Organisatorinnen und UnterstützerInnen der Ausstellung anwesend und standen für Fragen und Anregungen der BesucherInnen zur Verfügung. ■

### Gesprächsrunden

Insgesamt fünf Gesprächsrunden fanden im Laufe der Ausstellung statt, die über „Wer putzt den Pott?“ und die Arbeit von GebäudereinigerInnen informierten.

Interessierte BesucherInnen konnten erfahren, wie die Ausstellung entstanden ist und welche Ziele mit ihr verfolgt werden.

Thematisiert wurden die Arbeitsbedingungen von Reinigungskräften, die sich durch Privatisierung und Outsourcing im Laufe der Jahre sehr verändert haben. Vertreter der IG BAU informierten über die Forderungen der Gewerkschaft in den gerade für die GebäudereinigerInnen laufenden Tarifverhandlungen.

Und sie machten deutlich, warum gewerkschaftliche Organisation für die Beschäftigten für die Durchsetzung ihrer Rechte und für die Erkämpfung von Verbesserungen wichtig ist.

Die meisten Reinigungskräfte sind Frauen. Ihre Arbeit wird nicht entsprechend den gestellten Anforderungen bezahlt und nicht entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung geschätzt. Dass dies typisch für so genannte Frauenberufe ist und wo die Ursachen dafür liegen, wurde thematisiert. Viele der Frauen sind Migrantinnen. Ihre besondere Situation kam ebenfalls zur Sprache.



Foto: AvantiO.

Gesprächsrunde bei „Wer putzt den Pott“, Oberhausen, 10. Oktober 2015

### Die Ausstellung

Exponate von „Wer putzt den Pott“ sind ausgediente Reinigungsmaschinen und Arbeitsutensilien von GebäudereinigerInnen. Infotafeln geben Auskunft über Alter und Einsatzgebiet der Geräte. Auf anderen Tafeln sind Ausschnitte aus den Erfahrungsberichten von Reinigungskräften zu lesen, die in der Begleitbroschüre zur Ausstellung veröffentlicht wurden.

Die Ausstellung soll einen Einblick in das Berufsbild geben und

zeigen, welche körperlichen und technischen Anforderungen an Reinigungskräfte gestellt werden und welche Kompetenzen für die Ausübung des Berufs erforderlich sind.

„Wer putzt den Pott“ will unsichtbare Arbeit sichtbar machen und einen Beitrag dazu leisten, dass GebäudereinigerInnen die Anerkennung bekommen, die sie verdienen: Ihre Arbeit war, ist und bleibt in der Gesellschaft unverzichtbar.



Foto: AvantiO.

Exponate von „Wer putzt den Pott“: Reinigungsgeräte und Arbeitsutensilien, Oberhausen, Oktober 2015



Foto: AvantiO.

Die Initiatorin der Ausstellung: Irene Hüfner aus Oberhausen

## Griechenland: Suche nach Alternativen

Wenige Tage nach den Neuwahlen in Griechenland am 20. September 2015 besuchte Manos Skoufoglou auf seiner Rundreise durch die BRD auch Oberhausen. (Siehe *Avanti O. Nr. 14*.) Nachdem er die fatalen Auswirkungen der Memorandenpolitik auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen in Griechenland dargestellt hatte, sprach er auch über Alternativen. Seine Vorschläge wurden auf der Veranstaltung intensiv diskutiert.

PETRA STANIUS

**S**YRIZA hatte die Illusion geschürt, dass die Abwehr der Spardiktate mit einer Politik der nationalen Einheit ohne Bruch mit der EU möglich wäre. Die GriechInnen brauchten angeblich nur SYRIZA zum Wahlsieg verhelfen, um ihre Zukunftsaussichten deutlich zu verbessern.

Beim von der SYRIZA-geführten Regierung veranlassten Volksentscheid am 5. Juli 2015 lehnte eine deutliche Mehrheit der GriechInnen die Fortsetzung der Memorandenpolitik ab. Trotz dieses eindeutigen Votums gab die Regierung wenige Tage später ihre Zustimmung zu weiteren „Sparmaßnahmen“. Die Menschen in Griechenland waren daraufhin wie gelähmt: Anscheinend gab es keine Alternative zur Umsetzung der Memorandenpolitik.

Die resignierte Stimmung drückte sich einerseits in der hohen Wahlenthaltung von etwa der Hälfte der Wahlberechtigten und andererseits in der Wiederwahl der Regierung mit fast dem gleichen Ergebnis wie bei der vorangegangenen Wahl aus. Die GriechInnen fügten sich – zumindest zunächst einmal – der vermeintlichen Alternativlosigkeit der Politik der amtierenden Regierung.

Manos Skoufoglou bestritt jedoch nachdrücklich, dass es keine andere Handlungsmöglichkeit gegeben hätte, als sich dem Diktat der Troika zu beugen. Er stellte Alternativvorschläge vor, die von ANTARSYA entwickelt wurden:

- Frühere Kapitalkontrollen hätten den massiven Kapitaltransfer ins Ausland durch vermögende GriechInnen verhindern können.
- Die Regierung hätte sich weigern können, die Schulden zurückzahlen: Die Untersuchung eines parlamentarischen Ausschusses hätte ergeben, dass ein Großteil der eingeforderten Schulden illegitim sei. Außerdem sei die Tilgung dieser Schulden sozial nicht tragbar.
- Die Banken müssten vergesellschaftet werden. Außerdem müsste untersucht werden, wohin das Kapital transferiert wurde. Große Vermögen müssten besteuert werden.
- Große Unternehmen müssten entschädigungslos enteignet und vergesellschaftet werden. Durch Ausbeutung der Arbeitenden hätten sie

zuvor schon genug profitiert. Die Arbeitenden hätten ein Recht auf Kontrolle dieser Unternehmen. Aufgrund der geltenden Gesetze sei diese Maßnahme mit einem Verbleib in der EU und in der Eurozone nicht vereinbar.

Im Anschluss an den Vortrag fand eine angeregte Diskussion statt:

Ein Besucher äußerte Zweifel daran, dass es richtig ist, für den Grexit – den Ausstieg Griechenlands aus dem Euro – zu werben: Würde dies nicht bedeuten, die entsprechende Forderung von



### Das Bündnis ANTARSYA

ANTARSYA wurde im März 2009 gegründet. Die Abkürzung ANTARSYA steht für Antikapitalistiki Aristeri Synergasia gia tin Anatropi – Antikapitalistische Linke Zusammenarbeit für den Umsturz. Das griechische Wort „antarsia“ wiederum heißt übersetzt Meuterei, Aufstand, Umsturz.

ANTARSYA kandidiert bei Wahlen, setzt seinen Schwerpunkt aber auf außerparlamentarische Kämpfe und die Selbstorganisation der Lohnabhängigen. Das Bündnis strebt die Aktionseinheit mit anderen linken Kräften an.

Schäuble zu unterstützen?

Ein weiterer Teilnehmer konnte sich die erfolgreiche Organisation von Gegenmacht nur vorstellen, wenn sie international und über Organisationsgrenzen hinweg als Gegenwartsaufgabe begriffen würde. Wo sich die Frage stellte, wie das zu bewerkstelligen sei. Die Memorandenpolitik sei in Griechenland auf massive Gegenwehr gestoßen, aber das kleine Land würde von den in der EU tonangebenden Staaten erdrückt. Sozialismus hielt er nicht für eine mögliche Lösung, da hierfür die Voraussetzungen fehlten.

Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob Griechenland in der Lage sei, sich selbst zu versorgen. Bezweifelt wurde auch, dass in Griechenland eine Macht existiert, die in der Lage wäre, Banken und Unternehmen zu übernehmen.

Manos Skoufoglou hielt es für fraglich, dass Schäuble tatsächlich beabsichtigte, Griechenland aus dem Euro zu werfen. Vielmehr hätte der diese Forderung als Druckmittel eingesetzt,

da er wüsste, wie eng das griechische Kapital mit dem Euro verknüpft sei. Der Referent betonte, dass das Verlassen der Eurozone allein keine Lösung sei. Man müsste vielmehr von dem ausgehen, was die Menschen in Griechenland bräuchten. Die Umsetzung der nötigen Maßnahmen sei innerhalb des Euroraums nicht möglich. Erst nach dem Bruch mit dem Euro würde das eigentlich Wesentliche passieren. Strategien für ein Überleben ohne den Euro seien bereits entwickelt. Eine schwierige Zeit würde folgen: Aber würde es sich nicht lohnen, diesen Preis zu zahlen, damit es einmal besser werden kann?

Er stimmte zu, dass es Sozialismus in einem Land nicht geben könne. Aber Griechenland könnte Vorbild sein und andere ermutigen.

Manos Skoufoglou sah die wirtschaftlichen Möglichkeiten von Griechenland nicht so pessimistisch: Nach Schätzungen könnte Griechenland sich zu ca. 85 Prozent selbst mit Lebensmitteln und Arzneimitteln versorgen. Er zog Bolivien als Beispiel heran für ein Land, das viel ärmer sei als Griechenland und dennoch den Bruch mit dem Kapitalismus ohne katastrophale Folgen vollzogen hätte. Griechenland müsste Kooperationen anstreben, zum Beispiel mit Venezuela, aber auch mit anderen, wie etwa Russland.

Er hatte keine fertige Antwort darauf, welche Möglichkeiten die außerparlamentarische Linke hat, die Machtfrage zu stellen. Die Lage sei weiterhin instabil, und in der Krise könne sich schnell etwas verändern.



### Die Organisation OKDE Spartakos

Die *Organisation der kommunistischen InternationalistInnen Griechenlands Spartakos* ist griechische Sektion der IV. Internationale. OKDE Spartakos arbeitet von Beginn an bei ANTARSYA mit und hält gleichzeitig die eigenen Strukturen aufrecht.

Wichtig sei, dass die außerparlamentarische Linke klare Aussagen über ihre Absichten formuliere. Dies habe sie in der Vergangenheit versäumt, im Gegensatz zu SYRIZA, die wegen ihrer eindeutigen Zielvorstellungen einen

steilen Aufstieg erlebt hätte. Auch ANTARSYA könnte so einen Aufstieg nehmen und zur Macht werden. Dafür müsste die Front ihre Unabhängigkeit bewahren und in Bündnissen eine wahrnehmbare Rolle spielen. Letztlich müsse die Macht auf die Lohnabhängigen übergehen, und dies sei nur über außerparlamentarische Kämpfe erreichbar.

Bei der Wahl am 20. September sei ANTARSYA noch nicht als Alternative wahrgenommen worden. Der Referent rechnet aber damit, dass dies sich in Zukunft ändern kann: Die Verhältnisse in Griechenland seien nicht stabil. Der Fokus würde sich von den Wahlen weg hin zur Straße bewegen. Und ANTARSYA sei auf der Straße und in den Gewerkschaften deutlich präsenter, als sich dies im Wahlergebnis widerspiegeln. So sei es heute wichtig, dass ANTARSYA eigene Vorschläge entwickle.

ANTARSYA rufe zum Aufbau einer breiten ArbeiterInnenbewegung auf, in der alle willkommen seien, die kämpfen wollen und engagiere sich für selbstverwaltete Projekte in den Nachbarschaften.

Wesentlich sei, dass innerhalb der ArbeiterInnenbewegung eine bewusste Kraft entstünde. Internationale Solidarität sei weiterhin von großer Bedeutung, außerdem die praktische Vernetzung.

Am Ende der Veranstaltung bedankte der Referent sich für das Interesse der BesucherInnen und für die erfahrene Solidarität. Er begrüßte den Vorschlag eines Besuchers, eine internationale Kampagne für einen Schuldschnitt für Griechenland ins Leben zu rufen. ■

**Der Referent** Manos Skoufoglou lebt in Athen. Er ist aktiv in der Gewerkschaft angestellter Techniker Athen und Leitungsmitglied sowohl von OKDE Spartakos als auch von ANTARSYA.

### TIPP

Auf der Website des RSB – [www.rsb4.de](http://www.rsb4.de) – und auszugsweise in *Avanti* 238, November 2015, findet Ihr ein Interview mit Manos Skoufoglou.

Dokumentation des LeserInnenbriefes von Andrea-Cora Walther an die Oberhausener Presse zu dem rassistischen Übergriff auf Ihre Kinder

## LESERBRIEF

# Müssen dunkelhäutige Menschen in Oberhausen Angst haben?

**H**eute war es dann so weit. Meine beiden Kinder (13 und 15 Jahre alt) kamen von der Schule nach Hause und zitterten vor Aufregung, der 15-jährige weinte bei dem Bericht, die 13-jährige empörte sich. Auf dem Nachhauseweg sind die beiden im Grillopark von zwei Jugendlichen verfolgt, festgehalten, geschlagen und getreten worden. „Du Hure, geh zurück wo du herkommst“.

Ja, meine Kinder sind in Oberhausen geboren. Aber der schwarz-afrikanische Vater hat sich optisch durchgesetzt. Sie sind dunkelhäutig. Ich hatte immer befürchtet, dass es ihnen irgendwann zum Verhängnis wird. Die beiden angreifenden Jugendlichen hingegen sind nicht in Deutschland geboren, sie sprachen nur gebrochenes Deutsch. Aber sie fühlten sich offensichtlich berufen, zu entscheiden, wer in Oberhausen leben darf und wer nicht.

So wie „Pro NRW“, Pegida, AfD & Co heute dazu aufrufen Asylsuchenden hier keine Heimat zu geben. Die Radikalisierung schreitet voran. Die Taten mit fremdenfeindlichem Hintergrund nehmen zu. Die Stimmung schwankt von überschwänglichem Willkommen zu Hass. Heute waren es

Jugendliche, denen meine Jugendlichen entkommen konnten. Wen müssen sie morgen fürchten?

Und was, wenn Stadtgesellschaft dann nicht eingreift? Zwei Mitarbeiter der OGM, die im Grillopark Dienst taten, schauten nicht weg. Sie schauten zu. Meine Kinder riefen sie um Hilfe an. Sie schauten zu.

Wir dürfen aber nicht stehenbleiben und zuschauen. Stadtgesellschaft muss sich konsequent der Radikalisierung entgegenstellen und Zivilcourage zeigen. Warum zwei erwachsene Männer nicht auf die Hilferufe von zwei minderjährigen Jugendlichen mit Hilfe reagieren können, dafür fehlt mir jegliches Verständnis. Integration kann nur gelingen, wenn wir alle dem Fremdenhass aktiv entgegengetreten. Alle sind zum aktiven Handeln aufgefordert.

Geben wir dem Rassismus keine Chance. ■

*Andrea-Cora Walther  
Oberhausen, 27. Oktober 2015*

## Erfolgreiche Gegendkundgebung am 24.10.2015 in Oberhausen-Osterfeld beim Auftritt von Pro NRW

**C**a. 150 Menschen behinderten hier erfolgreich eine der menschenverachtenden Propagandaveranstaltungen von Pro NRW. Der handvoll Rechtsextremen war es aufgrund der Lautstärke der Gegendemonstration nicht möglich, ihre islamophobe und rassistische Hetze vernehmbar zu verkün-

den. Nachdem sie dies ca. 30 Minuten lang versucht hatten, zogen sie wieder ab.

Angesichts des alltäglichen Rassismus, der fortgesetzten Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und gewalttätiger Attacken auf Menschen aufgrund ihres Aussehens gibt es leider keinen Anlass, sich auf diesem Erfolg auszuruhen. ■



Gegendemonstration zum Auftritt von Pro NRW am 24.10.2015 in Oberhausen-Osterfeld

Foto: AvantiO

# Friedensdemonstration

## Samstag 21.11.2015 um 11.57 Uhr vom Hirschlandplatz

**Keine Planung neuer Kriege!  
Verantwortung für den Frieden!  
Kein NATO-Kriegsrat in Essen!**

**D**ie kritischen Atomwissenschaftler haben die Alarmuhr auf 3 Minuten vor zwölf gestellt! Sogar ein dritter Weltkrieg wird in den Planspielen von NATO-Strategen für möglich erklärt! Vom 23. bis 25. November 2015 lädt die NATO-Einrichtung „Joint Air Power Competence Centre (JAPCC)“ zu einer Konferenz „Luftwaffe und strategische Kommunikation“ in die Messe Essen ein... Es gebe Kräfte, die dem Vorgehen der Militärs gegenüber „feindlich“ eingestellt seien und dafür sorgten, „dass die Öffentlichkeit militärische Maßnahmen ablehnt“.

Auf der Essener Konferenz will die NATO das ändern. Das wollen wir verhindern! In Zeiten immer neuer Ost-West-Spannungen wird dies immer wichtiger für die Menschen in Europa und für das Leben auf der Erde:

Die Jahreskonferenzen des JAPCC handeln unter anderem von Kriegen als „Expedition“, vom „einkreisenden Krieg“ (etwa mit Flugverbotszonen), vom „langen Krieg“ und vor einem erneuten „großen Krieg“....

Die Konferenz des Jahres 2012 trug den Titel „Kriegsführung im 21. Jahrhundert (Warfare in the 21st Century)“.

Im letzten Jahr empfahl die JAPCC-Konferenz unter dem Titel „Zukunftspfeil“ Drohnen und einen sog. „angemessenen Mix nuklearer und konventioneller Potenziale“. Sie spielen im Ernst mit dem nuklearen Feuer in Europa!

Seit den 1980er-Jahren stellt sich die Friedensbewegung ohne Wenn und Aber gegen Nato-Strategien, die einen Atomkrieg als gewinnbar planen („Victory is possible“). Diesen Widerstand werden wir auch weiterhin gegen alle derartigen Pläne und Strategien in die Öffentlichkeit tragen.

Unser ‚Nein‘ zum Krieg ist ein ‚Ja‘ zum Leben.

Wir wehren uns gegen jegliche Form der Kriegsführung und fordern:

**Keine Nato-Planung neuer Kriege – Kein Werben fürs Inferno!  
Forschung, Entwicklung und Implementierung ziviler, gewaltfreier  
Konfliktlösungsmittel und –mechanismen statt Kriegs- und Militär-  
propaganda!**

**Abschaffung des JAPCC und umfassende Aufklärung der Öffentlichkeit!  
Eine atomwaffenfreie Welt, vollständige nukleare Abrüstung und Ab-  
zug der Atomwaffen von deutschem Boden!**

**Veranstalter:** Essener Friedensforum

**Unterstützer:** Aachener Friedenspreis, attac Essen, Bezirksschülervertretung, Bildung für Frieden, DFG-VK NRW, DIDF +DIDIF-Jugend, DIE LINKE-Partei Vorstand, DIE LINKE NRW+ regionale Untergliederungen, DKP-Partei Vorstand, DKP Essen, Essen steht auf, Friedensversammlung Rhein/Ruhr-Ostermarsch-Komitee Rhein/Ruhr, GEW NRW und GEW Essen, IALANA, IPPNW Deutschland, Jusos Essen, Kooperation für den Frieden, Landesschüler-vertretung NRW, Linksjugend [solid] Bochum+Ruhr, MLPD Essen, pax Christi Diözesan-verband Essen, SDAJ Essen, VVN-BdA Bund, VVN-BdA NRW +regionale Untergliederungen, >World Beyond War< Eine Welt jenseits von Krieg Antikriegsaktivisten aus den USA.

**Der RSB Oberhausen hat den Aufruf zur Friedensdemonstration  
„Kein Nato-Kriegsrat in Essen!“ mit unterzeichnet und wird sich an  
der Demonstration beteiligen.** ■

## RSB/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

**D**er *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

#### Impressum:

RSB Oberhausen  
Postfach 10 01 25  
D-46001 Oberhausen  
**Fon:** +49 (0) 208 / 768 422 46  
**Email:** info@rsb4-oberhausen.de



#### TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Samstag / Sonntag, 07. und 08.11.15, Bundesweites Netzwerktreffen Care Revolution, Gesamtschule Globus am Dellplatz, Duisburg
- Freitag, 13.11.2015, Bundesweiter Aktionstag gegen Horror-Jobs und UnRechtsanwälte (<http://arbeitsunrecht.de/freitag13/>)
- Samstag, 21.11.15, Friedensdemo „Kein Nato-Kriegsrat in Essen!“, 11:57 Uhr, Hirschlandplatz, Essen
- Mittwoch, 25.11.15, 12:00 Uhr, Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Gewerkschaftshaus, Oberhausen